

Antrag

des Abgeordneten Friedrich Haag u. a. FDP/DVP

Potenziale des „Hamburg-Standards“ für den Wohnungsbau in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie das Potenzial des „Hamburg-Standards“ bewertet, die Baukosten in Baden-Württemberg zu senken und den Wohnungsbau zu beschleunigen;
2. wie die Verfahren zur Baukostenreduktion in Baden-Württemberg im Vergleich zu den beschleunigten Verfahren des „Hamburg-Standards“ strukturiert sind, und welche konkreten Effizienzgewinne der „Hamburger Standard“ bietet im Vergleich zu den Verfahren in Baden-Württemberg;
3. welche rechtlichen Hindernisse den Abbau weiterer baulicher Standards in Baden-Württemberg erschweren und welche institutionellen Mechanismen geplant sind, um dem Vorbild der Hansestadt Hamburg zu folgen und diese Hürden zu überwinden;
4. inwiefern sie plant, in Zusammenarbeit mit Vertretern aus der Bauwirtschaft, Wohnungswirtschaft und Verwaltung (etc.) ein ähnliches Konzept wie den „Hamburg-Standard“ für Baden-Württemberg zu entwickeln;
5. falls dem so ist, ob die Ergebnisse vor Ende des Strategiedialogs 2029 zu erwarten sind;
6. inwiefern der „Hamburg-Standard“ innerhalb der Entlastungsallianz thematisiert wird und die Umsetzung des Hamburger Standards in einem möglichen Entlastungspaket IV vorkommen soll;
7. inwiefern und unter welcher rechtlichen Konstellation die Möglichkeit besteht, Pilotprojekte nach dem Vorbild des „Hamburg-Standards“ in ausgewählten Städten oder Regionen Baden-Württembergs durchzuführen, um dessen Wirksamkeit zu testen;
8. inwiefern sie sich gegenüber der neuen Bundesregierung für eine Reformierung des Bauvertragsrechts einsetzt, insbesondere hinsichtlich der „anerkannten Regeln der Technik“, oder plant, dieses im Rahmen einer Bundesratsinitiative zu verfolgen.

13.03.2025

Haag, Dr. Schweickert, Dr. Jung, Birnstock, Bonath, Haußmann, Heitlinger, Hoher, Fink-Trauschel, Fischer, Karrais, Reith, Dr. Rülke, FDP/DVP

Begründung:

Die Landesregierung hat kürzlich eine Novelle der Landesbauordnung vorgelegt, die das Bauen vereinfachen und beschleunigen soll. Die Anhörung zu dieser Novelle hat jedoch deutlich gezeigt, dass wesentlich mehr unternommen werden müsste, um eine breite Entlastung, vor allem im dringend benötigten Wohnungsneubau, zu erreichen. Dies betrifft sowohl Vorschriften innerhalb der Landesbauordnung als auch Vorschriften außerhalb der LBO. In der Anhörung wurde mehrfach auf das Potenzial des sogenannten Hamburger Standards verwiesen. Daher stellt sich die Frage, inwiefern dieser für Baden-Württemberg übernommen werden könnte und wie sich

dieser Standard im Vergleich zur jetzigen Situation bzw. zur vorgelegten LBO-Novelle Baden-Württembergs verhält.

Der Antrag begehrt daher Auskunft darüber, wie die Landesregierung das Potenzial des „Hamburg-Standards“ bewertet und inwiefern dieser auch für Baden-Württemberg Effizienzgewinne bringen würde. Auch ist es von Interesse, ob zeitnah innerhalb des Strategiedialogs oder der Entlastungsallianz der Hamburger Standard thematisiert wird bzw. ob aus diesen Gremien zeitnah Vorschläge zur Umsetzung des „Hamburger-Standards“ in Baden-Württemberg zu erwarten sind.